

Die Hietzinger Grünalternativen

Die Gebärdensprache soll endlich anerkannt werden!

von Gemeinderätin
Susanne Jerusalem,
Bildungssprecherin der
Wiener Grünen und Mitglied
des Stadtschulratskollegiums



Im 13. Bezirk, Maygasse 25, gibt es eine Schule für gehörlose Menschen. Nach schrecklichen Ereignissen mit sexuellen Übergriffen durch einen Lehrer und Gewalt-Vorwürfen von Seiten mehrerer Eltern versucht die Schule nun einen Neubeginn, der die Unterstützung aller haben sollte. Im Rahmen einer mehrtägigen Zukunftskonferenz haben Eltern, LehrerInnen, ErzieherInnen, Fachleute und die neue Direktorin erarbeitet, welche Grundpfeiler die Neustrukturierung haben soll. Noch ist die Arbeit nicht abgeschlossen, aber eines kann jedenfalls mit Sicherheit festgestellt werden: Die Beteiligung ist groß und das Engagement zu Gunsten der Betroffenen ebenfalls. Eine Frage ist zentral: Welchen Stellenwert soll die Gebärdensprache haben?

Ein paar Fakten:

Gebärdensprachen sind natürliche Sprachen mit eigener Grammatik und keine Kunstsprachen wie etwa Esperanto. Es gibt unzählige nationale Varianten (möglicherweise ebenso viele wie gesprochene Sprachen). Sieben europäische Länder: Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Norwegen, Portugal und Schweden anerkennen die nationale Gebärdensprache, weltweit sind es 20 Länder. Der österreichische

Nationalrat hat die Gebärdensprache bislang nicht anerkannt. Damit wird jene Minderheit von ca. 10.000 Menschen in Österreich, deren Erstsprache die Gebärdensprache ist, diskriminiert. Der Zugang zu vielen Be-

reichen der Gesellschaft, die über Sprache funktionieren wie Bildung und Information ist Gehörlosen versperrt.

“Orchideensprache” oder Menschenrechte?

Es geht hier nicht um den Erhalt einer “exotischen” Sprache oder Barmherzigkeit, sondern um Menschenrechte. Die Kommission für Gebärdensprache des Weltverbands der Gehörlosen erarbeite-

te auf dem Weltkongress 1991 in Tokio eine Empfehlung, deren Punkt 1A lautet: “Hiermit rufen wir jede Regierung dazu auf, die offizielle Anerkennung der von den Gehörlosen ihres Landes verwendeten Gebärdensprache als eine der Landesprachen anzuerkennen und Sprachenrechte der Gehörlosen zu sichern.” Auch das EU-Parlament hat 1988 und erneut 1998 die Mitgliedstaaten aufgefordert, ihre nationalen Gebärdensprachen anzuerkennen und die Sprachenrechte der Gehörlosen zu sichern. Österreich hat dringenden Handlungsbedarf!

Zurück zur Schule:

Es ist noch nicht lange her, da durfte die Gebärdensprache in der Maygasse gar nicht verwendet werden! Auch heute noch gibt es LehrerInnen an der Schule, die die Gebärdensprache nicht beherrschen. Die Ausbildung setzt sich über alle Forderungen nach Anerkennung überhaupt hinweg. Der Weg der “Maygasse” zu einem Bildungsangebot, das den Bedürfnissen und Forderungen der gehörlosen Menschen entspricht, ist noch ein langer, aber die eingeschlagene Richtung stimmt jetzt einmal und das wird von den Grünen begrüßt. •

Liebe Leserin, lieber Leser!

Auch wenn die weltpolitischen Ereignisse die Hietzinger Bezirksprobleme als nebensächlich erscheinen lassen, haben wir auch heuer für konkrete lokale Fragen Lösungen angeboten und Ideen vorgestellt.

Es ist uns dabei gelungen, für zahlreiche unserer Anliegen Mehrheiten zu gewinnen und zu einigen Erfolgen (z.B. Beschluss der Finanzmittel für die längst fällige Sanierung der Otto-Glöckel-Schule) beizutragen.

Über Ihre Anregungen, Kritik und Reaktionen freuen wir uns wie immer. Sie erreichen uns per E-Mail unter hietzing@gruene.at. Wenn Sie regelmäßig per E-Mail Informationen erhalten wollen, teilen Sie dies bitte mit, wir nehmen Sie dann in unseren Verteiler auf. Telefonisch erreichen Sie uns unter **4000/81 832**. Neben dem E-Mail-Verteiler möchte ich Sie auch auf die grüne Bezirks-Homepage <http://hietzing.gruene.at> hinweisen, auf der Sie sich u.a. über alle Anträge in der Bezirksvertretung und über aktuelle Initiativen auf dem Laufenden halten können.

Einen guten Start ins kommende Jahr wünschen Ihnen die Hietzinger Grünalternativen.

Gerhard Jordan, Bezirksrat und Klubvorsitzender

Otto-Glöckel-Schule: Endlich Durchbruch!

Seit Jahren ist das Gebäude der Otto-Glöckel-Schule in der Veitingergasse 9 in renovierungsbedürftigem Zustand. Die Schule ist ein Symbol des "Roten Wien" und wurde im Laufe ihrer Geschichte deswegen schon mehrmals "stiefmütterlich behandelt". Als im Jahr 1998 vom Gemeinderat 1,4 Milliarden ATS für die Generalsanierung von allgemeinbildenden Pflichtschulen in den Bezirken verabschiedet wurden, wurde zwar die Glöckel-Schule als "Kandidat" des 13. Bezirkes festgelegt, doch weiterer Druck scheinbar nicht gemacht.

Auch eine Aufstockung der Turnsaalgarderobe zur Gewinnung von Nebenräumen erwies sich als nötig. Eine solche muss jedoch der Bezirk aus seinem Budget bezahlen. Und ohne einen entsprechenden Beschluss verzögert sich auch eine Generalsanierung, die aus Kostengründen nur gemeinsam mit der Erweiterung sinnvoll ist.

Soweit die Ausgangslage im heurigen Jahr. Um die Sanierung der Schule nicht noch weiter hinauszuzögern, war Handlungsbedarf im Bezirk gegeben. Als im ersten Entwurf des Bezirksbudgets 2002 wieder nur Er-

innerungsposten für die Otto-Glöckel-Schule vorgesehen waren, kam es zu Gesprächen zwischen GRÜNEN und SPÖ (im 13. Bezirk haben ÖVP und FPÖ eine rechnerische Mehrheit). Ein grüner Vorstoß in der BV-Sitzung am 19. September, dem sich auch die SPÖ anschloss, war ein Antrag auf Generalsanierung der Schule (mit einer Teil-Vorfinanzierung durch den Bezirk), der dem Finanzausschuss zugewiesen wurde. Ein weiterer "rot-grüner" Antrag auf Erhebung der Kosten einer Aufstockung ergab, dass diese rund 5,2 Millionen ATS betragen.

Bei der Sitzung des Finanzausschusses am 6. November 2001 sowie in der darauffolgenden Bezirksvertretungssitzung kam es endlich zum Durchbruch: Es wurde beschlossen, die Hälfte der Summe für die Aufstockung (2,6 Millionen ATS bzw. 189.000 Euro) noch nachträglich ins Budget 2002 aufzunehmen, die zweite Hälfte dann 2003. Auch der 10%ige Anteil des Bezirkes an der Generalsanierung soll in den folgenden Bezirksbudgets verankert werden. Die Generalsanierung wird rund 25 - 30 Millionen ATS kosten. Damit können nun die Bauarbeiten an der Otto-Glöckel-Schule schon 2002 starten und die Sanierung zu einem Zeitpunkt abgeschlossen sein, an dem sie sonst vielleicht erst begonnen hätte.

Gerhard Jordan

**Bröckelnde
Fassade an
der Otto-
Glöckel-
Schule:
Nicht
mehr
lange!**



Feldmühlgasse 12

Am 5. November 2001 beschloss die Rathaus-SPÖ in der Sitzung des Wiener Altstadterhaltungsfonds gegen die Stimmen aller anderen Parteien den Abbruch des (privaten) Hauses in der Feldmühlgasse 12, das Anfang des 19. Jahrhunderts errichtet wurde. Es ist dies das älteste noch erhaltene Haus in der Gasse und liegt in einer vom Gemeinderat am 2. Juni 1999 beschlossenen Schutzzone. Da derzeit ein Ideenwettbewerb für die Nutzung der gegenüber des Hauses liegenden "Klimt-Villa" und deren Umfeld läuft und auch ein Gutachten den historischen Wert des Straßentraktes betonte, wäre eine Nachdenkpause wohl angebracht. In einem auf grüne Initiative in der Hietzinger Bezirksvertretung einstimmig beschlossenen Mehr-Parteien-Antrag wird die Stadt Wien aufgefordert, den Beschluss über die wirtschaftliche Abbruchreife wieder aufzuheben. Wie es rund um die "Klimt-Villa" jetzt schon aussieht, zeigt ein Blick auf die Feld-

mühlgasse/Ecke Auhofstraße, wo sich ein "roter" (ÖSW) und ein "schwarzer" (Raiffeisen Leasing) Bauträger derzeit austoben.



Bauklötze in der Feldmühlgasse

Wann kommt eine mobile Tempoanzeige?

Am 19. September stellten die Grünen den Antrag, eine mobile Tempoanzeige für Hietzing anzuschaffen. Der Antrag wurde dem Finanzausschuss zugewiesen und von diesem zwecks genauer Erhebung der Anschaffungs- und Betriebskosten an die zuständige Magistratsabteilung weitergeleitet.

Wie wir erfahren konnten, kostet eine solche Anzeige rund 60.000 ATS und bezieht ihren Strom über die öffentliche Beleuchtung. Die Anschaffung von ein oder zwei derartigen Geräten, mit denen andere Bezirke bereits positive Erfahrungen machen konnten, kann sich Hietzing also durchaus leisten. Und Stellen, an denen sie gut einsetzbar wäre, gibt es mehr als genug, z.B. die Bereiche der Stranzenberggasse und Atzgersdorfer Straße, wo sich AnrainerInnen immer wieder über dahinrasende Autos beklagen.

U4-Station Hietzing: "Njet" zu Bänken

Bei der BV-Sitzung am 19. September 2001 beantragte Grün-Bezirksrätin Brigitte Roth zusätzliche Sitzbänke für die U4-Station Hietzing. Der Antrag, dem sich LIF-Mandatar Thomas Wieshofer als Mitanttragsteller anschloss, wurde einstimmig angenommen.

Am 29. Oktober antworteten die Wiener Linien: Jede zusätzlich aufgestellte Sitzbank stelle "bei einem hohen Fahrgastaufkommen ein sperriges Hindernis dar und damit auch ein gewisses Sicherheitsrisiko". Außerdem sei es "leider eine Tatsache, dass Sitzbänke im U-Bahn-Bereich zeitweise auch von bestimmten Personengruppen missbraucht werden". (sic!) Wer die langgezogene Station Hietzing und die beiden in jeder Fahrtrichtung angebrachten winzigen Sitzgruppen kennt, wird sich schwer ausmalen können, wie zwei oder drei zusätzliche Bänke ein "Sicherheitsrisiko" darstellen sollen. Und der zweite Teil der Begründung ist nicht nur minderheitenfeindlich, sondern läuft, zu Ende gedacht, darauf hinaus, dass irgendwann wohl alle Sitzbänke abgeschafft werden - denn der so genannte "Missbrauch" ist nirgends abgeschlossen...

Baumfällungen in Hietzing

Wenn irgendwo Bäume gefällt werden, gibt es meist Proteste von AnrainerInnen. Am 3. Oktober fand im Gymnasium Fichtnergasse die von den Grünen beantragte BürgerInnenversammlung zur Umgestaltung des Hügelparks (Gesamtkosten: rund 2 Millionen ATS!) statt. Dabei kam heraus, dass das Umschneiden einiger Bäume (so etwa drei Kastanien am Südwesteck und eine Rotbuche im östlichen Teil des Parks sowie einige Kiefern) vorgesehen ist - zumeist, weil sie morsch sein sollen. Einige Planer fanden den Park in seiner derzeitigen Form auch als "zu schattig". Wir Grünen sind von der Notwendigkeit dieser Eingriffe nach wie vor nicht überzeugt.

Weitere Baumfällungen fanden im letzten Jahr in der Fasangartengasse 13, wo derzeit ein Bauträger Wohnungen errichtet, statt. Dabei sollen zahlreiche Bäume, deren Erhaltung noch bei der Bauverhandlung im Spätsommer 1999 zugesagt wurde, umgeschnitten worden sein. Eine diesbezügliche grüne Anfrage in der Dezember-Sitzung der Bezirksvertretung wird schriftlich beantwortet.

Buslinien: Grüne Vorschläge

In den letzten Monaten machten sich die Grünen einige Gedanken über den Autobusverkehr in Hietzing. Hier einige unserer Ideen:

Linie 57A: Dieser Bus, der derzeit vom Burgring zur Schwendergasse fährt, könnte bis Schönbrunn verlängert und dadurch zu einer attraktiven "Museumslinie" aufgewertet werden. Zahlreiche kulturelle Einrichtungen (Museumsquartier, Volkstheater, Naturhistorisches und Kunsthistorisches Museum, Haus des Meeres, Technisches Museum, Schönbrunn) wären auf diese Weise ohne Umsteigen miteinander verbunden. Leider wurde dieser Vorschlag, der in anderen Bezirken positiv behandelt wird, in Hietzing abgelehnt.

Linie 60B: Hier könnte eine Schleife zur Anbindung der S-Bahn-Station Speising vielen im

Krankenhaus Lainz und im GZW Beschäftigten die Benützung von öffentlichen Verkehrsmitteln erleichtern. Vor allem an Wochenenden sind auch die Halbstunden-Intervalle zu lang, da dann die Linie vorwiegend von (oft älteren) BesucherInnen des Lainzer Tiergartens frequentiert wird.

Dr. Richard-Stationen: In der BV-Sitzung im Juni schlugen wir vor, bei den Haltestellentafeln der Dr. Richard-Busse gut sichtbare Stationschilder anzubringen, um die Stationen auch aus dem fahrenden Bus heraus erkennen zu können. Dies würde vor allem nicht ortskundigen Fahrgästen die Orientierung erleichtern. Nachdem das Busunternehmen zunächst ablehnend reagierte, erklärte sich ein Vertreter in der Sitzung der Verkehrskommission im Oktober zumindest bereit, über Durchsagen zur Ankündigung der nächstfolgenden Stationen nachzudenken.

Rettet den Wienerwald!

Im 19. Jahrhundert engagierte sich ein Mödlinger Bürgermeister namens Josef Schöffel für die Erhaltung des Wienerwalds, der damals von Spekulation und Profitgier bedroht war. Leider ist dieser wertvolle Erholungsraum heute wieder bedroht. Vor allem der Verkauf von Teilen der Bundesforste (z.B. in Purkersdorf) führt dazu, dass die Verhüttelung und das Zubetonieren der Randzonen weiter zunimmt. Wir fordern, dass die Stadt Wien alle auf Wiener Gebiet liegenden Flächen, die die Bundesforste abgeben wollen, aufkauft und diese unter Schutz stellt. Doch auch der Autoverkehr trägt seinen Teil zur Gefährdung der "Grünen Lunge Wiens" bei. Deshalb fordern wir die Einführung eines Wienerwald-Busses von Hütteldorf in den 19. Bezirk. Unterlagen der Grünen zum Wienerwald schicken wir Ihnen auf Wunsch gerne zu (Tel. 4000/81 832).



Helfen wir, den Wienerwald zu erhalten!

In der ersten Hälfte der 1980er Jahre erlebte Europa einen Höhepunkt des Friedensengagements: Hunderttausende gingen in Großbritannien, Italien, Deutschland, den Niederlanden und Belgien auf die Straße, selbst im kleinen Österreich demonstrierten 1982 und 1983 jeweils 70.000 Menschen am Wiener Rathausplatz gegen das Wettrüsten. Hauptanlass für die Proteste war damals der NATO-Beschluss zur Stationierung von Cruise- und Pershing-Raketen in fünf westeuropäischen Ländern.

Große Teile der westlichen Friedensbewegung standen auch der sowjetischen Politik keineswegs unkritisch gegenüber und knüpften Kontakte zu unabhängigen Friedens- und Menschenrechtsgruppen in Mittel- und Osteuropa. Ziel war die Auflösung der Militärblöcke NATO und Warschauer Pakt und die Vereinigung des Kontinents auf friedlicher, demokratischer und sozialer Grundlage.

Doch die "Wende" von 1989 brachte nur das Ende eines Blocks: der Warschauer Pakt löste sich auf und die sowjetischen Truppen zogen sich aus Mitteleuropa zurück. Damals war noch die Chance für eine echte europäische Friedensordnung gegeben. Doch anstatt sich konsequenterweise aufzulösen (weil es den "Feind", gegen den sie 1949 gegründet wurde, nicht mehr gab), blieb die NATO als Instrument des neuen "Weltgendarmen" USA bestehen

NATO: Stolperstein für Friedenspolitik

- nicht nur das, sie wurde 1999 sogar um Tschechien, Polen und Ungarn erweitert! Diese Länder wurden wenige Wochen nach ihrem Beitritt bereits in einen Krieg hineingezogen: in die Bombardierung Jugoslawiens, im Falle Ungarns immerhin ein Nachbarland.

In Österreich ist damals die Begeisterung für die NATO, die vorher schon denkbar gering war, noch weiter gesunken. Seit dem 11. September 2001 fühlt sich die NATO für militärische Eingriffe in der ganzen Welt zuständig - der Terrorismus kann ja, da er nicht konkret fassbar ist, überall sein...

Bundeskanzler Schüssel vergleicht die Neutralität mit Lipizzanern und Mozartkugeln, um sie gleich für antiquiert und überflüssig zu erklären. Sicher: Seit der Zeit Bruno Kreiskys hat sich viel geändert, das kann niemand bestreiten. Aber was heute im Zusammenhang mit der Erhaltung der Neutralität (die leider im letzten Jahrzehnt bereits sehr ausgehöhlt wurde, nicht nur von "schwarzblau") wichtiger denn je ist, ist deren aktive Komponente: Denn nie war die Neutralität für Österreich ein Hindernis, an UNO-Friedensmissionen teilzunehmen! Und Kreisky's Nahost-Initiativen werden mittlerweile selbst in Israel positiver gesehen als zu seinen Lebzeiten,

während die österreichische Außenpolitik heute auf gockelartige Besuchs-Wettläufe zwischen Klestil und Schüssel herabgesunken zu sein scheint.

Unser Land braucht sich keineswegs "einzuigeln". Es gibt genug zu tun, um den Ursachen für den Terrorismus den Boden zu entziehen: z.B. eine Politik des fairen Ausgleichs mit dem Süden anstatt die Verteidigung einer auf Ausbeutung beruhenden Globalisierung, die Vermittlung in Konflikten (Österreich hat immer noch einen guten Ruf, der dabei hilfreich ist) statt Bemühungen für einen schrittweisen NATO-Anschluss, oder die Unterstützung der vielen lokalen Ansätze für Toleranz und Völkerverständigung - auch materiell: Mit dem Geld, das die Bomben kosten, die an einem einzigen Tag über Afghanistan abgeworfen wurden, könnte bereits eine ansehnliche "Friedensdividende" eingebracht werden. Nun kann der Westen zeigen, ob ihm wirklich an einem demokratischen und humanitären Aufbau Afghanistans etwas liegt. Bisherige Erfahrungen lassen allerdings ernste Zweifel aufkommen, ob diese Chance sinnvoll genutzt werden wird.

G.J.

"Lokale Agenda 21" für Hietzing

Die "Agenda 21" ist das Abschlussdokument der "Konferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen", zu der sich im Juni 1992 Vertretungen von 179 Staaten gemeinsam mit Repräsentanten aus Wissenschaft und Wirtschaft sowie von zahlreichen Nichtregierungsorganisationen in Rio trafen. Um Nachhaltigkeit zu erreichen, muss es gelingen, auf kommunaler Ebene ökologische, soziale und wirtschaftliche Zielsetzungen einander anzupassen und in Verbindung zu bringen. Die Grünen beantragten daher in der Dezember-Sitzung der Bezirksvertretung, Stadtrat DI Schicker zu ersuchen, die nötigen Schritte zu setzen, damit die "Lokale Agenda 21" (wie schon im 9. Bezirk) auch in Hietzing eingeleitet und durchgeführt werden kann. Mit der Umsetzung des Antrags befasst sich nun die Planungskommission.

Verlagspostamt: 1130 Wien; Postentgelt bar bezahlt

An
einen Haushalt

Treffen der Bezirksgruppe jeden 1. und 3. Mittwoch des Monats um 19.30 Uhr beim Lustigen Radfahrer in der Rohrbacher Str. 21. Wir freuen uns auf ihr Kommen!
Post: Grüne Alternative Hietzing, Postfach 268, 1131 Wien
Telefon: Gerhard Jordan, 4000/81 832
http://hietzing.gruene.at
eMail: hietzing@gruene.at